

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 31302
Zellstr. 1, Elbgaupresse Dresden

mit Loschwiger Anzeiger

Danzig-Kont.: Allg. Deutsche Kredit-Anstalt, Danzig
Postfach-Nr. 117 Dresden

Tageszeitung für das sächsische Dresden u. seine Vororte

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Girsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Badewitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-U.
Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich: Eugen Berner Dresden.

Er scheint täglich mit der Beilage „Agrar-Wort“ und „Amtl. Kur- und Fremdenliste“. Bezugspreis: Monatlich M. 1.00.—, außer Zustellgebühr; bei den deutschen Postanstalten M. 1.20.—, Einschreibgebühr: M. 10.—. Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung bezw. Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugsbetrags. Druck: Clemens & Landgraf, s. a. H., Dresden-Freital. Bei unvollständigen Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, kann eine Verantwortung bez. der Richtigkeit nicht übernommen werden.

Anzeigen werden bis 4 Uhr abends mit 10% Rabatt, bis 11 Uhr abends mit 15% Rabatt, bis 12 Uhr abends mit 20% Rabatt, bis 1 Uhr abends mit 25% Rabatt, bis 2 Uhr abends mit 30% Rabatt, bis 3 Uhr abends mit 35% Rabatt, bis 4 Uhr abends mit 40% Rabatt, bis 5 Uhr abends mit 45% Rabatt, bis 6 Uhr abends mit 50% Rabatt, bis 7 Uhr abends mit 55% Rabatt, bis 8 Uhr abends mit 60% Rabatt, bis 9 Uhr abends mit 65% Rabatt, bis 10 Uhr abends mit 70% Rabatt, bis 11 Uhr abends mit 75% Rabatt, bis 12 Uhr abends mit 80% Rabatt, bis 1 Uhr abends mit 85% Rabatt, bis 2 Uhr abends mit 90% Rabatt, bis 3 Uhr abends mit 95% Rabatt, bis 4 Uhr abends mit 100% Rabatt. Bei Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, kann eine Verantwortung bez. der Richtigkeit nicht übernommen werden.

Nr. 265

Blasewitz, Dienstag, 14. November 1932

84. Jahrgang

Die Aufstellung eines wirtschaftlichen Programms

Ausschussitzungen und Fraktionsberatungen

Verzögerung der Regierungs-Umbildung.

Berlin, 13. Nov. Wie die Blätter melden, wird die Umbildung des Kabinetts am Dienstag voraussichtlich nicht beendet sein. Der Reichstanzler wird infolgedessen keine anstehende Rede im Reichstage nicht halten. Für heute Montag haben alle Parteien Fraktionsitzungen zur Beratung der Frage der Regierungsumbildung angesetzt. In der Zentrumsfraktion wird laut „Montagspost“ Reichstanzler Dr. Wirth heute über seine Politik sprechen. Am gestrigen Sonntag hatte im Reichstage der von den Parteiführern einberufene Ausschuss zur Aufstellung eines wirtschaftspolitischen Programms getagt. Es soll dabei gelungen sein, die Parteien auf gewisse einseitige Wünsche zu einigen. Wie die Blätter schreiben, scheint es aber, daß es sich um eine mehr akademische Auseinandersetzung gehandelt hat. Die Beratungen hätten bis jetzt noch kein Ergebnis gehabt, das verzeichnet zu werden verdient.

Deutschlands Unverwundlichkeit.

Berlin, 13. Nov. In der gestrigen Frauenversammlung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Frauen von Groß-Berlin sprach die bekannte Wortkämpferin des Welt-

bundes für Frauenstimmrecht, Frau Champagnat, über Deutschlands Zukunft. Sie betonte u. a. die warme Sympathie für die armen, vertriebenen Bevölkerungsgruppen Deutschlands, die ihr amerikanische Frauen noch kurz vor ihrer Abreise ausprägten. Sie sprach auch von dem festen Glauben an Deutschlands Unverwundlichkeit, den man drüben habe. Wohl würden noch dunkle Zeiten kommen, aber untergehen, zusammenbrechen werde dieses Volk der Arbeit nie. Am meisten werde es aber gewinnen, wenn es sich in Einigkeit zur Arbeit zusammenfinde.

Stresemann über innere und äußere Politik.

Berlin, 13. Nov. Anläßlich des Parteitages des Landesverbandes der Deutschen Volkspartei sprach Dr. Stresemann gestern in Elberfeld über die innere und äußere Politik. Deutschland stehe vor großen Entscheidungen. Am 20. November laufe der Termin des Moratoriums für einen Teil unserer Zahlungen ab. Nur ein internationaler Weg könne zu einer glücklichen Zukunft führen. Aber weder die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund könne nach der Entscheidung dieses Bundes über Oberschlesien dieser Weg sein, noch sei etwas vom internationalen Sozialismus zu erhoffen.

Vertagung der Friedenskonferenz.

Termin der 20. November.

Paris, 12. Nov. Wie Havas berichtet, ist auf Vertagung der britischen Regierung die Eröffnung der Friedenskonferenz von Lausanne auf den 20. November verschoben worden. Infolgedessen wird die französische Abordnung heute abend nicht nach Lausanne abreisen. Die Zusammenkunft der Außenminister dürfte Ende dieser Woche in Paris stattfinden, um die Haltung festzulegen, die man auf der Konferenz einzunehmen gedenkt.

Paris, 12. Nov. Wie Havas mitteilt, ist der Vertreter der Regierung von Anzora in Paris heute mittag offiziell durch den Baron d'Orsay von der Vertagung der Konferenz von Lausanne bis zum 20. November in Kenntnis gesetzt und ersucht worden, den auf der Reise nach Lausanne befindlichen Vertreter der Regierung von Anzora, Ismet Pascha, davon zu unterrichten.

Der englische Wunsch nach einer Vorbereitungs-Konferenz mit Poincaré.

Paris, 12. Nov. Der diplomatische Mitarbeiter der Havas-Agentur glaubt zu wissen, daß englische auswärtige Amtleute in Paris den lebhaftesten Wunsch Lord Curzon's ausgedrückt, mit dem Ministerpräsidenten Poincaré zusammenzutreffen, nicht nur um die Haltung der beiden Regierungen auf der Friedenskonferenz mit der Türkei zu bestimmen, sondern auch, um ihre Ansichten über die Fragen der ausländischen Politik, die

augenblicklich noch in der Schwebe sind, auszutauschen, nämlich über die Reparationsfragen, die Frauen betreffend Libanon und Tunis und die ägyptische Frage. Ein Vertreter Italiens könne an diesen Verhandlungen bei den Fragen teilnehmen, die Italiens Interesse angehen.

Paris, 12. Nov. Der „Temps“ schreibt zu dem Stande der Orientfrage, Poincaré habe gestern erklärt, daß Frankreich in aller Aufrichtigkeit versuchen werde, seine Politik mit derjenigen seiner Verbündeten in Einklang zu bringen. Aber, habe er hinzugefügt, in Einklang bringen, bedeute nicht eine Politik einer Unterordnung. England werde auf der Friedenskonferenz nicht allein dastehen, wenn es anerkennt der türkischen Vorschläge, die offiziell noch nicht bekannt seien, sich zu einem ständigen Zusammenwirken mit den Verbündeten bereit zu sein. Aber es werde unheilbar isoliert erscheinen, wenn das englische Programm von vornherein über alle anderen hervortreten sollte, wie einer jener Gipfel, die der Welt bedrohen.

Kabinettskrise in Frankreich?

Paris, 13. November. In Paris, die als gut unterrichtet gelten, rechnet man mit der Möglichkeit eines Kabinettswechsels noch vor dem Zusammentritt der Brüsseler Konferenz.

Dr. Maier und Barthou bei Poincaré.

Paris, 13. Nov. Poincaré hat gestern Barthou und nach diesem den deutschen Botschafter in Paris, Dr. Maier, empfangen.

Das Stinnes-Programm.

Das Gutachten der ausländischen Sachverständigen hat in Deutschland nicht überall den Widerhall gefunden, den man bei der autoritativen Beurteilung seiner Verfasser und bei der sichtlich gründlichen Gedankenfundierung des Dokumentes gewünscht hätte, umso mehr, als es in seinem unbedingten Bestehen nach einem mindest zweijährigen Zahlungsausschub für Deutschland, sowohl bezüglich der Bar- als auch bezüglich der Sachleistungen, eine wichtige Waffe im Kampfe gegen die Chauvinisten darstellt. Der Widerstand erhob sich sofort mit außerordentlicher Heftigkeit in der „Deutschen Allg. Zeitung“, die nicht nur der Regierung vorwarf, daß sie überhaupt ausländische und nicht deutsche Wissenschaftler zu solchen Gutachten berief (welchen Widerhall hätte die Meinung Deutschlands in dieser Frage draußen gehabt?), sondern auch den Gutachtern selbst Leichtsinnigkeit, mangelnde Kenntnis und falsche Schlussfolgerungen. Die „Deutsche Allg. Zeitung“ ist bekanntlich das Hauptorgan Stinnes', und so kann man annehmen, daß die Gegnerschaft gegen die Vorschläge der Gutachter tatsächlich eine Stinnes'sche Gegnerschaft ist. Es ist zu bemerken, daß dieser Standpunkt von der Deutschen Volkspartei insoweit offenbar nicht geteilt wird, z. B. unterschrieben sich die Kommentatoren der „Zeit“ in Ton und Inhalt sehr deutlich von den Kommentatoren der „Deutschen Allg. Zeitung“. Aber sie sind anscheinend Ausdruck der Meinungen und Stimmungen, die in jener „Partei der Großindustriellen“ herrscht, die vor allem unter den Schreibern der Arbeitslosigkeit steht, die mit jeder Stabilisierung der Mark für eine vorübergehend lange Zeit und vorübergehend sehr schwerer Form über Deutschland hereinbrechen muß. Diese Partei glaubt also, jeden Versuch einer Markstabilisierung mit sehr starken Vorbehalten begleiten zu müssen und es waren diese Vorbehalte, denen Stinnes selbst in einer sehr vornehmlichen, ausführlichen Rede im Finanzpolitischen Ausschub des Reichswirtschaftsrates Ausdruck gegeben hat.

Es ist daher falsch, den Vorwurf zu erheben, daß Stinnes seinen Standpunkt in dieser Frage lediglich von Rücksichten auf den Geschäftsgang seiner eigenen Unternehmungen und auf seinen persönlichen Profit bestimmen ließe. Insofern geht es ihm wahrheitsgemäß so, wie es jedem stark einseitigen Menschen in jeder komplizierten Frage zu geben pflegt: er sieht nur eine Seite des Problems und übersehen andere kaum minder wichtige. Er sieht z. B. das Geld, das in Form von Arbeitslosigkeit und Gewinnlosigkeit durch jede Stabilisierung über die Industrie und die industrielle Arbeiterschaft hereinbrechen müßte. Aber er übersehen das vielleicht noch schwerere Geld, in das ohne Stabilisierung nicht minder wichtige Bevölkerungsgruppen, nämlich der Mittelstand, die Rentner und weitaus Arbeiter und selbst auch die Industriearbeiter immer tiefer hineingeraten müßten. Die Stabilisationsaktion ist also gewiß, wie auch die ausländischen Sachverständigen schon hervorhoben, an Vorbedingungen geknüpft, die verhindern sollen, daß nicht auch dieser Aufwand wieder umsonst verfliehe sein wird; nämlich an die Voraussetzung eben des zweijährigen Moratoriums. Aber die vorläufige Stabilisierung, die dann bewerkstelligt werden könnte, deshalb zu unterlassen, weil sie noch nicht endgültig sein wird, und den Dingen solange ihren Lauf zu lassen, bis auch die endgültigen Voraussetzungen erfüllt sind, das ist eine etwas grausame Entstellung des „Alles oder Nichts“-Dogmas.

Zu den endgültigen Voraussetzungen rechnet Stinnes vor allem Mehrproduktion. Er hat damit unstrittig recht, aber er vernachlässigt, ohne darauf näher einzugehen, eine Forderung, die ihm in dieser Hinsicht nun schon wiederholt nahe gelegt worden ist: daß einer Mehrleistung der Arbeiter auch irgendein Opfer der Unternehmer gegenüberstehen mußte. Das Arbeitszeitproblem wäre sehr leicht zu lösen, wenn eine derartige Erklärung der Unternehmerschaft endlich erfolgen würde und wenn man sich nicht nur auf die sehr allgemeine und selbstverständliche Anhebung beschränkte, daß die Löhne und Gehälter mit der Zeit wieder auf ihren früheren Goldwert zurückgebracht werden müßten. Im übrigen darf man vielleicht auf den Widerstand aufmerksam machen, der darin liegt, daß man einerseits mit Recht das fürchtbare Gespenst der Arbeitslosigkeit im Falle einer Markstabilisierung an die Wand malt, andererseits aber Mehrarbeit fordert. Das eine und das andere lassen sich nicht miteinander vereinbaren. Entweder der Absatz sinkt, so werden wir vielleicht froh sein, genügend Beschäftigung für jedes oder gar fünfstündige Arbeitszeit zu haben, so wie es ja auch in England und Dänemark unter dem Zeichen der Währungsbeschränkung der Fall war und noch ist. Oder wir werden Absatz für gehaltvolle Arbeitsleistung haben, dann stimmt wieder das Argument der Arbeitslosigkeit nicht. Irgendwas ist in dieser Argumentation offenbar ein entscheidender Bruch.

Es hat keinen Sinn, die Währungsstabilisierung lediglich von der industriellen Perspektive her lösen zu wollen, man muß versuchen, bei Erhalt jeder einseitigen Voraussetzung, die auf politischem Gebiet liegt, auch mit währungsständischen Mitteln dem Verderben Einhalt zu gebieten. Das Urteil der uninteressierten ausländischen Gutachter ist in dieser Beziehung bedeutungsvoller als das Urteil Stinnes', der zwar sicherlich nicht bewußt eigenen Interessen gebirgt, der aber doch ebenso sicher in dem Komplex seiner eigenen Interessen blühselig ist. Die Mehrzahl der Bevölkerung hat nicht die Kraft mehr, noch solange zu warten, wie die Großindustrie.

Für eine Arbeiterregierung.

Der Landesarbeitsausschub und die Landtagsfraktion der sächsischen Sozialdemokratie haben beschlossen, die Kommunisten durch ein offizielles Schreiben anzufragen, unter Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung in die Regierung einzutreten. Gleichzeitig werden aber die Forderungen bekannt, von deren Erfüllung der Landesvorstand der Kommunistischen Partei die Unterzeichnung einer sozialistischen Regierung in Sachsen abhängig macht. Dazu gehören: Erhebung einer Zwangsanleihe in Höhe von 30 Prozent der Vermögen, Verbot von Betriebsbeschränkungen, Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht, Einführung einer Produktionskontrolle, Erlass einer Amnestie unter Ausschluss der von rechts gerichteten begangenen politischen Straftaten, Verbot der Lohnsenkung, Bildung von Arbeiterwehren, Ablehnung jeder Koalitionspolitik und Förderung einer Arbeiterregierung im Reich, Mitwirkung der Betriebsräte an der Geschäftsbildung.